

HANNOVERNEWS

Nr. 3/2017



DER KLEINE KLÄFFER
BLÄST ZUR JAGD

Wahlzeiten

Wahlen stehen im Zentrum unserer demokratischen Ordnung. Politische Parteien treten dazu an, denn sie haben, laut Grundgesetz, den Auftrag, „an der politischen Willensbildung des Volkes“ mitzuwirken. Gewählt werden dann Abgeordnete, die „an Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen verantwortlich sind.“ Davon später mehr.

Wahlzeiten haben – je nach Ausgangslage – für diese Parteien eher etwas von Erntezeit oder Wintererwartung an sich. Also immer etwas von Herbststimmung. Die einen preisen ihre Erfolge und stellen bekanntes Personal in den Mittelpunkt, die anderen präsentieren neue Gesichter und suchen nach Forderungen, die doch noch eine Wende verheißen.

Demoskopien und Parteistrategen suchen stets nach dem richtigen Verhältnis von Personalisierung und Programmatik. Das Ergebnis dieser Bemühungen kann man an der Wahlwerbung dann besichtigen. Immer wieder trifft man auf ein naives Demokratieverständnis, das versucht, Parteien an ihren Wahlprogrammen und Versprechungen zu messen. Die Erfahrungen der letzten



oder was immer das sei. Ihr Herausforderer warf hingegen die Frage nach „sozialer Gerechtigkeit“ auf. Nun ist diese Forderung so alt wie die Arbeiterbewegung selbst („Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagwerk!“). Marx und Engels haben sie immer kritisiert. Warum, kann man ausführlich im „Kapital“ nachlesen, dessen erster Band vor 150 Jahren erschienen ist und worin Marx seine Werttheorie entwickelt. Sie ist immer noch so brisant, dass renommierte Blätter im Feuilleton oder gar im Wirtschaftsteil mehrspaltig nachzuweisen suchen, warum sie obsolet sei. Die Kritik lässt sich aber auch vereinfacht zuspitzen: Gerechtigkeit: Wer erhält wovon warum wieviel? Ein Vorgänger von Herrn Schulz fand die Formel: „Gerecht ist, was Arbeitsplätze schafft!“. Mit den Folgen müssen sich die Gewerkschaften heute noch herumschlagen. Und die Sozialdemokratie erlebte damit ihr Blaues Wunder ...

Aber Wahlkämpfe haben auch etwas Dialektisches, Einheit im Widerspruch sozusagen: Der Herausforderer setzte die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit mit der Parole „Es ist Zeit!“ aufs Programm. Ein Bewerber um den 3. Platz, ihm immer um einige Millimeter an Bartes Länge hinterher, übertraf ihn allerdings in seiner Ungeduld.

corvus

„Herr: Es ist Zeit. Der Sommer war sehr groß.“

Rainer Maria Rilke, Herbstlied

Jahrzehnte lehren: Erst die Programme, dann die Koalitionsverhandlungen, dann die Regierungspraxis der Legislaturperiode entsprechend der Wirtschafts- und Haushaltslage und anderer übergeordneter Interessen. Hoch gehaltene Prinzipien können dann schnell in tiefen Löchern verschwinden, wie derzeit rund um den Hauptbahnhof in Stuttgart zu besichtigen ist.

An dieser Stelle war schon von politischer Farbenlehre die Rede. Das Changieren von Dunkelgrün nach Schwarz hat uns nun noch einen zweiten Wahlherbst beschert, gedeckt durch die verfassungsgemäße Gewissensfreiheit der gewählten Abgeordneten. Der Streit um die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften steht schon im Mittelpunkt. Ob den Betroffenen damit geholfen wird, ist eine andere Frage. Nach Erscheinen dieser Seiten werden wir ja spätestens Zeugen von Koalitionsverhandlungen sein.

Auch der Kampf um die Kanzlerschaft wird dann längst entschieden sein. Die Amtsinhaberin präsentierte sich dabei gelassener Miene mit der Aussage, es gehe „um Deutschland“, wer

corvus schreibt regelmäßig Kommentare zu aktuellen Fragen, besonders mit regionalem Bezug. Der Autor ist ständiges Mitglied der Redaktion.

Impressum:

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Kreisverbände Hannover Stadt und Land,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover,
Telefon 0511-6620-14/-15, Telefax 0511-621294,
E-Mail: gew@gew-hannover.de

Verantwortliche Redakteurin i.S.d.P.: Maren Kaminski,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin oder der Redaktion dar.

Gesamtherstellung: apm AG, Darmstadt.

Die GEW Hannover news erscheint dreimal im Jahr. Auflage: 5200 Exemplare.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Titelkarikatur: Swidbert Gerken

Podiumssitzung „Umgang mit Gewalt im schulischen Alltag“

Am Donnerstag, den 7. September 2017 veranstaltete die GEW Bezirk Hannover in Zusammenarbeit mit dem Personalrat der Gerhart-Hauptmann-Realschule in der Aula der Schule eine Podiumsdiskussion „Umgang mit Gewalt im schulischen Alltag“.

Anlass war ein Vorfall an der Gerhart-Hauptmann-Realschule Anfang des Jahres. Ein Schüler, der bereits mehrfach wegen unangemessenen Verhaltens aufgefallen war und im Vorfeld auch seine vorherige Schule deswegen verlassen musste, griff in der Pause eine Lehrkraft sowohl verbal als auch körperlich an. Da dies nicht der erste Vorfall dieser Art war und bereits vorhergehende Ordnungsmaßnahmen ergriffen worden waren, verhängte die Klassenkonferenz einen Schulverweis. Diesem folgte die Landesschulbehörde nicht, was zu großem Unmut und Diskussionsbedarf in der Schule führte. Zwischenzeitlich war der Vorfall auch Thema in Hannoverschen Zeitungen, der Fokus lag hierbei besonders auf Gewalt gegen Lehrkräfte. Die betroffene Lehrkraft wechselte auf eigenen Wunsch an eine andere Realschule, auch dieses hinterließ deutliche Spuren innerhalb des Kollegiums.

Auf einer Personalversammlung der Schule entstand daraufhin der Wunsch, das Thema Gewalt gegen Lehrer und Unversehrtheit am Arbeitsplatz stärker in die Öffentlichkeit zu bringen und auch die Positionen von Kultusministerium und Landesschulbehörde zu dieser Thematik zu hören. Mit diesem Auftrag wandte sich die GEW-Personalrätin Silke Schierkolk an die Gewerkschaftssekretärin Maren Kaminski, um gemeinsam mit der GEW eine Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema auf die Beine zu stellen. Leider waren weder die Ministerin noch Vertreterinnen ihres Hauses für die Veranstaltung zu gewinnen, für die Landesschulbehörde, Regionalabteilung Hannover, sagte letztlich Gertrud Plasse, schulpсихologische Dezernentin und Mitglied im Krisen- und Notfallteam, zu. Weitere Gäste waren Marie Christine Bergmann vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e. V., der analytische Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut, Supervisor und Dozent am Winnicott Institut Uwe Brandes sowie Susanne Frischen vom Kommunalen Sozialdienst der Stadt Hannover.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einleitenden Worten von Silke Schierkolk und Julia Collins für das Kollegium der Gerhart-Hauptmann-Realschule, die Moderation übernahm Maren Kaminski.

Marie Christine Bergmann stellte die Ergebnisse einer Schülerbefragung von 2015 vor, in der zu verschiedenen Gewalterfahrungen an Schulen geforscht wurde. Befragt wurden Neuntklässler aller Schulformen, zu der Thematik Gewalt gegen Lehrer gab es zwischen den Schulformen unterschiedliche Ergebnisse, am häufigsten hatten SchülerInnen an Hauptschulen diese Erfahrungen gemacht, wobei die körperliche Gewalt gegen Lehrkräfte eher selten, die verbale Gewalt eher häufiger anzutreffen war. Diese Befragungen finden im Zweijahresrhythmus statt, die erste 2013, daher war es schwierig, hier langfristige Veränderungen festzumachen.

Uwe Brandes erhielt bereits zu Beginn seiner Ausführungen viel Beifall für die Aussage, dass auch Lehrkräfte ein Recht auf einen gewaltfreien Arbeitsplatz hätten und der Arbeitgeber im Rahmen seiner Fürsorgepflicht in ebendieser stehe, dies seinem Personal zu gewährleisten. Wenn das nur unzureichend geschä-

he, müsse ein Kollegium auch zusammenstehen und sich weigern, einen Schüler zu unterrichten, der sich gewaltsam gegenüber Kolleg*innen verhalte, auch im Interesse des Schülers. Herr Brandes machte deutlich, dass Kinder Regeln bräuchten und auch ein Recht darauf hätten, gleich behandelt zu werden, dies gelte auch und gerade für Strukturen, die das Zusammenleben in einer Gemeinschaft betreffen. Er bedauerte sehr, dass in den letzten

Jahrzehnten viele therapeutische Möglichkeiten und Chancen gestrichen bzw. gekürzt worden seien. Ebenso äußerte er sein Erstaunen darüber, dass Supervision kein Teil der Ausbildung bzw. des Lehralltags sei, dies sei aus seiner Sicht in diesem Berufsfeld unerlässlich.

Im Anschluss daran stellte Gertrud Plasse das Krisen- und Notfallteam der Landesschulbehörde und dessen Einsatzgebiete vor, dazu gehörten Krisen wie Todesfälle durch Unfall oder Suizid sowie die Aufarbeitung von bedrohlichen Situationen wie z. B. Amokläufen.

Abschließend stellte Susanne Frischen den Kommunalen Sozialdienst der Landeshauptstadt Hannover (KSD) sowie dessen Möglichkeiten im Rahmen der Sozialarbeit an Schulen vor. Sie betonte, dass sie es als sehr positiv empfände, dass der KSD keinen finanziellen Zwängen unterliege und dementsprechend auch frei arbeiten könne, dies wurde aus dem Publikum kritisch hinterfragt, da eine Lehrkraft in ihrem Arbeitsfeld eine andere Erfahrung gemacht hatte. Frau Frischen konnte dazu, da sie den Fall nicht kannte, keine Aussage machen, versprach aber für ein Gespräch zur Klärung im Anschluss zur Verfügung zu stehen.

In der sich anschließenden Diskussion zeigte sich, dass es viele Möglichkeiten der Unterstützung für Lehrkräfte gibt, dass es aber wichtig für jeden Einzelnen, aber auch das Kollegium ist, eine Haltung zu diesem Thema zu entwickeln, um gemeinschaftlich zu handeln und strukturiert mit diesem Thema umzugehen. Schwierig wird es, wenn Lehrkräfte alleine mit diesem Thema gelassen werden.

Die Diskussion endete um 20.30 Uhr, im Anschluss standen die Gäste noch in der Cafeteria der Gerhart-Hauptmann-Realschule für persönliche Fragen zur Verfügung. Diese Möglichkeit wurde gut genutzt, der Hausmeister musste gegen 22 Uhr nachdrücklich auf das Verlassen des Gebäudes drängen.

Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle an das Kollegium der Gerhart-Hauptmann-Realschule für seine Initiative, an den Personalrat und den Bezirk Hannover für das Umsetzen, an die Gäste für ihre Bereitschaft und ihre Ideen und natürlich an das Publikum für das Interesse und die Diskussionsfreude.

Wiebke Schulze



Wiebke Schulze ist Lehrkraft an der Gerhart-Hauptmann-Realschule und Mitglied im Schulbezirkpersonalrat Hannover

Sanierungsbedarf, Raumnot und Neubau von Schulen in Hannover

eine Mammutaufgabe für die Schulverwaltung

Jahrzehntlang sind kaum Investitionen in die Erhaltung von Schulen in Hannover erfolgt. Inzwischen begreift man aber, dass hier Versäumnisse vorliegen und es so nicht weiter gehen kann. Gestiegene Schüler*innenzahlen in der Landeshauptstadt erfordern zusätzliche Räume.

Die letzten Sitzungen vom Mai, Juni, August und September im Schul- und Bildungsausschuss waren daher maßgeblich von einem zentralen Thema geprägt: Sanieren und Bauen!

Zum einen werden sogenannte mobile Raumeinheiten („Container“) aufgestellt oder Sanierungen baufälliger Dächer und anderer maroder Gebäudeteile in hannoverschen Schulen durchgeführt.

Zum anderen liegen Erweiterungsbauvorhaben – z. B. eine Mensa – angesichts der fortschreitenden Ganztagschulentwicklung an. Oder es müssen Schulen, wenn nötig, ganz neu aufgebaut werden – und das alles neben gleichzeitig weiterlaufendem Unterricht.

Um eine Vorstellung der Kosten zu bekommen, seien hier die kleineren Bauvorhaben allein aus der letzten Sitzung vom 27. September 2017 vorgestellt, die einstimmig beschlossen wurden:

- die Verbesserung der Flucht- und Rettungswege der GS Grimsehlweg (Mittelfreigabe 800 000 Euro), der GS Johanna-Friese-Schule (750 000 Euro) und des Gymnasiums Schillerschule (650 000 Euro)
- die Dachsanierung der Sporthalle der GS Suthwiesenstraße (Mittelfreigabe 510 000 Euro) als akute vorläufige Maßnahme für die kommenden fünf Jahre, damit die Hallennutzung – seit Anfang des Jahres ausgesetzt – wieder für Schule und Verein ermöglicht wird. Langfristiges Ziel ist ein Neubau der Sporthalle.

Über allem aber steht die Brisanz der Situation im Stadtteil Mühlenberg, einer Art „Banlieue“ in Hannover, in der sich in den letzten Jahren die soziale Brennpunktsituation zugespitzt hat. In den Sitzungen vom 24. Mai, 7. Juni und 27. September 2017 stand das Thema GS Mühlenberg auf der Tagesordnung und wurde am 23. August gewissermaßen „außer der Reihe“ noch weiterdiskutiert. Auf den am 24. Mai gestellten Dringlichkeitsantrag der CDU „zum sofortigen Planungsbeginn“ für den Ausbau zur Ganztagschule dieser Schule folgte eine hitzige Diskussion ohne Einigung. Am 7. Juni reagierten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP daraufhin mit einem Änderungsantrag zum gleichen Thema mit dem Wortlaut „Planungsbeginn zum nächstmöglichen Zeitpunkt“ und es entfachte sich wiederum ein schon vom Wahlkampf geprägter Wortwechsel mit z. T. satirischem Unterhaltungswert. Das mühsam abgestimmte Ergebnis dieser Sitzung auf minimaler Ebene wurde einige Tage später durch eine Abstimmung im Verwaltungsausschuss wieder vom Tisch gefegt. Dies rief dann in der Sitzung vom 23. August die Elternvertreter auf den Plan, die daraufhin ihre Funktion als votierende Stimme im Schulausschuss hinterfragten. Insgesamt jedoch lösten diese angeheizten Auseinandersetzungen einen produktiven Impuls bei der Verwaltung aus: Sie arbeitete während der Sommermonate unter Hochdruck zu dem mittlerweile auch in den Medien für Aufruhr sorgenden Thema weiter!

Susan Bartels de Pareja ist Lehrkräftevertreterin im Schul- und Bildungsausschuss der Landeshauptstadt Hannover, Lehrkraft an der Grundschule Ahlem und Mitglied im Schulbezirkspersonalrat Hannover



In der letzten Sitzung vom 27. September 2017 legte nun Dezernentin Rzycki die Drucksache „Maßnahmen und Perspektiven für den Stadtteil Mühlenberg“ vor. Endlich wurde das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ vom Land Niedersachsen über zwölf Millionen Euro bewilligt, was zur Aufwertung des „Quartiers“ und zur Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung beitragen soll. Neun Jahre brauchte es für diese Bewilligung: Seit 2008 wurde es jedes Jahr erneut von der Landeshauptstadt Hannover beantragt!

- In Bezug auf die GS Mühlenberg wird Folgendes angeschoben:
- Zur räumlichen Entlastung der Grundschule werden bis zum Schuljahr 2018/2019 vier mobile Klassenzimmer aufgestellt sein.
 - Ab dem Schuljahr 2018/2019 sollen die freigewordenen Räume der Martin-Luther-King-Schule mitgenutzt werden.
 - Ab 2020/2021 können übergangsweise frei werdende Räume der Kindertagesstätte Canarisweg 21 für die Betreuung von 64 Hortkindern genutzt werden, da dann ein neues Familienzentrum an der Beckstraße entstanden ist.
 - Der Neubau der Grundschule Mühlenburg inklusive der Erweiterung zu einer Ganztagschule (ca. 20 Millionen Euro) wurde am 1. Juli 2017 nach Prüfung zu hoher Sanierungskosten angemeldet. Inzwischen sind 2,5 Millionen Euro für den Bau einer Mensa aus dem Investitionspaket des Landes im Rahmen des Förderprogramms bewilligt worden.
 - Laut Dezernentin Rzycki soll die neu errichtete Grundschule bis 2022/2023 fertig gestellt sein.

Die Verwaltung stellt in ihrem Bericht heraus, dass es im Stadtteil Mühlenberg nicht genüge, nur bauliche Maßnahmen anzuschieben, sondern betont die Bedeutung eines funktionierenden Netzes von sozialen Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, um stadtteilspezifischen Problemen nachhaltig entgegen treten zu können.

Diese Feststellung ist von grundsätzlicher Natur: Allein das sanierte Gemäuer einer Schule macht nicht einen lebendigen Ort zum Lernen, Fördern und Betreuen von Kindern und Jugendlichen aus. Mindestens genauso stimmig muss eine ausreichend aufgestellte Personalversorgung der in Schule Arbeitenden sein, die für ihre herausfordernden Aufgaben angemessen bezahlt werden. Dafür zu sorgen ist jedoch vor allem die Aufgabe des Landes Niedersachsen. Dass endlich begriffen ist, dass besonders in sozialen Brennpunkten investiert werden muss, lässt hoffen. Wir werden über die weitere Entwicklung berichten.

Susan Bartels de Pareja

Der, die, das kostet was! (oder) Fair statt prekär!

Im November 2015 organisierte die GEW Hannover auf Bitten einiger Lehrkräfte für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache (DaFz) zwei Treffen. Beim zweiten gründeten ca. 30 Kolleg*innen das Aktionsbündnis DaFz Hannover. (Heute umfasst unsere Gruppe ca. 95 Kolleg*innen von ca. 10 Trägern.) Unser Hauptziel war die Verbesserung unserer äußerst prekären Arbeits- und Einkommensverhältnisse.

Warum erst 2015? Nun, es hatte schon vorher, auch vor 20 Jahren, Initiativen gegeben. Sie hatten aber keinen Erfolg gehabt, weil es ihnen nicht möglich war, die Politik unter Druck zu setzen. Dies änderte sich im Herbst 2015, als hunderttausende Flüchtlinge kamen. Es gab nicht genug DaFz-Lehrer*innen für so viele Menschen, und weil viele schulpflichtige Kinder oder Jugendliche waren, warben auch Schulen nicht wenige DaFz-Ler ab. Uns wurde sofort klar: Jetzt oder nie! Jetzt braucht uns die Politik, sodass wir eine Chance haben, endlich unsere Lage nach 15 bis 20 Jahren, in denen unser Honorar nur selten und dann auch nur minimal erhöht wurde, zu verbessern.

Zuerst wandten wir uns an die HAZ und NP. Dann schrieben wir einen offenen Brief an Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Im Februar organisierten wir eine große Demo in der Innenstadt und vor dem Landtag. Dank der Demo konnten wir einige sehr gute Gespräche im Landtag und mit der für uns zuständigen Ministerin Frau Heinen-Kljajić führen. Die Gespräche trugen in hohem Maße dazu bei, dass die Landesregierung die Mittel für die niedersächsischen Flüchtlinge erheblich erhöht hat, sodass heute Honorare in Höhe von 35 Euro/UE möglich sind. Die Anhörung im Stadtrat führte zur Erhöhung der Förderung für einen Träger.

Unsere Demo machte viele Medien auf uns aufmerksam. Neben kleinen Beiträgen in Presse und TV wurden in Hannover auch größere Berichte für „Hallo Niedersachsen“ und „Panorama“ gedreht. Sogar arte berichtete über uns.

Kurz nach unserer Gründung knüpften wir Kontakte zu DaFz-Gruppen in Bonn, Berlin, Köln, Osnabrück und Düsseldorf. Auch sie demonstrierten, protestierten und kontaktierten die Politik und Medien. Schnell waren wir uns einig, dass wir eine bundesweite Organisation brauchen. Das hannoversche Aktionsbündnis übernahm die Initiative und organisierte eigenständig im



Mai 2016 eine Konferenz, auf der dann ca. 40 Delegierte aus ca. 20 Städten das bundesweite Bündnis DaFz/DaZ-Lehrkräfte gründeten (dafdaz-lehrkraefte.de). Zurzeit umfasst es ca. 40 Lokalgruppen.

Kolleg*innen aus Hannover waren und sind sehr aktiv im bundesweiten Bündnis. Cornelia Trabant war die erste Sprecherin, Kathrin Meyn ist Mitglied der Bewertungskommission des für Integrationskurse zuständigen BaMF. Artur Sieg ist sehr aktiv im bundesweiten Orgateam.

Im Juli 2016 erhöhte der Bundestag das Mindesthonorar in den Integrationskursen von 23 auf 35 Euro pro UE. Wir sind überzeugt, dass wir ohne die von den DaFz-Gruppen erzeugten zahlreichen Medienberichte und die damit verbundene öffentliche Aufmerksamkeit viel weniger und auch viel später erhalten hätten. Natürlich wäre es dazu ohne die langjährige Arbeit der GEW, des DVV oder des Deutschen Städtetages auch nicht gekommen.

Für uns sind die 35 Euro nur ein erster Schritt. Wir fordern 60 Euro oder Festanstellung nach mindestens TVöD E11, denn auch mit 35 Euro verdienen wir bei Vollzeit nur ca. 1600 Euro netto im Monat. Die Kolleg*innen außerhalb der BaMF-Kurse erhalten nur 1000 bis 1300 Euro netto. Das hannoversche Aktionsbündnis und andere Gruppen kämpfen weiter. Wir in Hannover sprechen mit Bundestagsabgeordneten, Fraktionen im Stadtrat, reisen zu Gesprächen nach Berlin (z. B. BMI) und führen Aktionen durch. So sprangen wir letztes Jahr in den Kanal. Damit die Integration nicht baden geht, taten wir es. Dieses Jahr spielten wir auf der Lister Meile Theater: „Unter den Teppich gekehrt“. Die zahlreichen Medienberichte über die Aktionen sind auf unserer Webseite (ab-daf-h.com) zu sehen. Auf unserem YouTube-Kanal gibt es drei schöne Filme dazu.

Von Anfang an wurden wir von der GEW unterstützt. Sie hilft uns mit ihren Räumen für unsere Treffen, finanziell bei unseren Fahrt- und Druckkosten und berät uns juristisch. Einige, leider noch nicht viele, von uns traten der GEW bei. Vor einem Jahr wurde unsere Kollegin Ulrike Neige Mitglied der zuständigen Landesfachgruppe.

Unser nächstes Ziel ist eine große Demo bzw. Aktion am Weltlehrtag am 5. Oktober 2018. Diesmal wollen wir aber auch andere Lehrkräfte aus der Erwachsenenbildung einbeziehen, denn den meisten geht es noch schlechter als den DaFz-Lern. Auch in anderen Städten sind Aktionen geplant. Wir hoffen auf die Unterstützung der GEW.

Artur Sieg



Demonstration am 17. Februar 2016 vor dem Niedersächsischen Landtag



Gewerkschaftlerin aus Überzeugung

Ursula Többe – Abschied von der aktiven Gewerkschaftsarbeit

HANNOVERNEWS: Liebe Ursula, du hast dich nun entschlossen, den Vorsitz der Fachgruppe „Senior*innen Hannover – Kreisverbände Stadt und Land (ebenfalls den Vorsitz der Fachgruppe Senioren des Bezirks Hannover) abzugeben. Das bedauern wir sehr, denn du hast dich außerordentlich engagiert. Für die Kreisverbände hast du jährlich zwei Veranstaltungen durchgeführt (eine ganztägige Veranstaltung für den Bezirk), hast uns Senior*innen in zahlreichen Gremien vertreten und warst auf vielen Veranstaltungen präsent. Dein kritischer Verstand und deine Wachsamkeit in Bezug auf die Einhaltung demokratischer Regeln werden uns fehlen.

HANNOVERNEWS: *Wie entstand dein Interesse an gewerkschaftlicher Arbeit?*

Ursula Többe: Zum 1. April 1967 wurde ich nach Hannover an die Volksschule Entenfangweg versetzt. Am ersten Arbeitstag in der großen Pause kam eine Kollegin auf mich zu, warb für die GEW und winkte mit einem Beitrittsformular. Ich war allerdings gänzlich unbedarft und hatte noch nie etwas von der GEW gehört. Ich komme aus einem sehr konservativen Elternhaus, und mein Vater hatte mir eingetrichtert, dass ich nie etwas unterschreiben sollte, was ich nicht genau gelesen hätte. Ich ließ mir deshalb Infomaterial und Broschüren schicken

und studierte sie sehr genau. Die Inhalte gefielen mir. Ich trat in die GEW ein, denn sie war u. a. gegen Konfessionsschulen und für Koedukation!

HANNOVERNEWS: *Was war eher nervig in deiner Gewerkschaftsarbeit, was hat dir daran gefallen?*

Ursula Többe: Nervig war, dass immer wieder die gleichen Probleme besprochen wurden, es aber trotz aller Vorhaben nicht voran ging. Da denke ich auch an unsere Aktion „Gläserne Schule“, die eine Verbesserung der Arbeitszeitproblematik nicht erreichen konnte. Gefallen hat mir, durch meine Personalratsarbeit in der Behörde etwas für die Kolleg*innen tun zu können.

HANNOVERNEWS: *Gab es eine besonders niederschmetternde Erfahrung, bzw. ein niederschmetterndes Erlebnis in deiner Gewerkschaftsarbeit?*

Ursula Többe: Dass 2004 die Orientierungsstufe aufgelöst wurde, das hat mich sehr getroffen.

HANNOVERNEWS: *Gab es eine besonders positive Erfahrung, bzw. ein besonders positives Erlebnis in deiner Gewerkschaftsarbeit?*

Ursula Többe: Es ging ja in der Behörde oft um das Problem der Abordnungen von Gymnasiallehrer*innen an die Orientierungsstufen. Gymnasiale Dezernenten! (Dez. 404) meinten ja, hier bestimmen zu können – ohne Rücksichtnahme auf die Interessen der Orientierungsstufen. Allerdings erreichten wir, dass mit uns auf Augenhöhe verhandelt werden musste: Wer im Auftrag der Personalvertretung mit der Dienststelle verhandelte, bestimmte der Personalrat und nicht der einzelne Dezernent. Ich war also dabei und konnte die Interessen aller Kolleg*innen vertreten – gemeinsam mit Torsten Post von der Fachgruppe Gymnasium. Das war ein großer Erfolg.

HANNOVERNEWS: *Gewerkschaftsarbeit früher, Gewerkschaftsarbeit heute. Was fällt dir spontan dazu ein?*

Ursula Többe: Früher war das Interesse der Kolleg*innen größer, vielleicht auch, weil die Arbeit heute stressiger ist und kaum Zeit bleibt. Zu unseren Delegiertenversammlungen im Kreisverband Hannover-Stadt kamen immer ca. 60 bis 70 Personen. Besonders stark wurden die Gesamtschulen und die Orientierungsstufen vertreten. Heute werden die gemeinsamen Mitglieder-

versammlungen der Kreisverbände Hannover-Stadt und Hannover-Land von etwa 40 bis 50 Kolleg*innen besucht. Wie größeres Interesse zu wecken ist, muss neu überlegt werden.

HANNOVERNEWS: *Kannst du unseren jungen aktiven Gewerkschaftler*innen aufgrund deines reichen Erfahrungsschatzes etwas mit auf den Weg geben?*

Ursula Többe: Bei den Personalratswahlen 1980 hieß die Parole der GEW: „Gemeinsam sind wir stark“. Nur gemeinsam lässt sich politischer Gegenwind entfalten und Druck aufbauen. Auch vor Ort können berechtigte Interessen besser gemein-

sam durchgesetzt werden. Es bedarf manchmal individueller Lösungen, das ist klar. Wer aber meint, alles eigenständig und individuell lösen zu können, wird scheitern.

HANNOVERNEWS: *Wir bedanken uns für dein ganz besonderes Engagement in der GEW und wünschen dir für die Zukunft alles Gute, besonders auch Gesundheit. Und wir freuen uns, dich auch künftig auf GEW-Veranstaltungen zu treffen, die du ja weiterhin besuchen willst, wir du mitteltest.*

Für **HANNOVERNEWS** fragte Werner Fink

Neue Vorsitzende der Fachgruppe Senior*innen Hannover-Stadt und Hannover-Land.

Auf der Fachgruppensitzung der Senior*innen der Kreisverbände Hannovers am 21. September 2017 wurden Werner Fink zum Vorsitzenden und Klaus Meier zum Stellvertreter gewählt. Hier eine kurze Vorstellung:



Werner Fink: „Ich bin Jahrgang 1948, habe in Braunschweig und Hannover Germanistik und Politik studiert und bin P. Brückner, H. Mayer, O. Negt und J. F. Raddatz sehr dankbar für Denkgebäude, die ich erhalten habe. Bereits zu Studienzeiten trat ich in die GEW ein. Ich war tätig an der Orientierungsstufe Ahlem, deren Auflösung ich sehr bedauerte, wechselte dann zum Georg-Büchner-Gymnasium in Seelze und war dort in den letz-

IGS Lehrte künftig an einem Standort und zentral erreichbar

Eine Integrierte Gesamtschule mit Sekundarstufe I und II an getrennten Standorten, dazwischen 7 Kilometer Autobahn und mindestens 15 Minuten (Auto-)Fahrzeit. Was in Lehrte derzeit Realität ist, dürfte in dieser Form einmalig sein. Nach der Sommerpause hat der Rat der Stadt auf Antrag der Ratsmehrheit von SPD, GRÜNEN und LINKEN Beschlüsse gefasst, um diese für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte gleichermaßen belastende Situation zu ändern. Erklärtes Ziel ist seit Jahren, die Abiturquote zu steigern und neben dem Gymnasium eine weitere Möglichkeit das Abitur abzulegen, zu eröffnen. 2009 wurde dazu die IGS Lehrte in Lehrte-Hämelerwald gegründet und löste dort eine Haupt- und Realschule ab. Seit dem Schuljahr 2015/16 gibt es im Schulzentrum Lehrte-Süd in der Kernstadt eine Oberstufe, die inzwischen bis in den 13. Jahrgang aufgewachsen ist.

Mit der Gründung der IGS-Oberstufe war klar, dass die räumliche Trennung von Sekundarstufe I und II keine dauerhafte Lösung sein kann. SPD und GRÜNE hatten dazu in der letzten Wahlperiode noch ein 4+3-Modell (Einschulung von vier Zügen in Lehrte-Süd und drei Zügen in Lehrte-Hämelerwald) angedacht, das mit der Rückkehr zu G9 an Gymnasien und infolgedessen sinkenden Anmeldezahlen an der IGS jedoch von der Realität eingeholt wurde und nicht mehr umsetzbar war. Ausgehend von einer Elternbefragung und nach vielen Gesprächen mit den Schulen legten die Mehrheitsfraktionen einen Antrag zur Weiterentwicklung der Lehrter Schulen vor. Damit sollte den neuen Entwicklungen Rechnung getragen und notwendige Sanierungs- und Umbauarbeiten angestoßen werden. Die auswachsende Aufhebung der Förderschule Lernen im Schulzentrum Lehrte-Süd im Rahmen der Inklusion wird darin ebenso bekräftigt wie die Auflösung der Hauptschule, die am selben Standort liegt. Realschule (Schulzentrum Süd) und Gymnasium (Schulzentrum Mitte) sollen unverändert bestehen bleiben, weil hier eine hohe Nachfrage besteht. Die IGS zieht komplett nach Lehrte-Süd, womit Sekundarstufe I und II zusammengeführt werden und künftig für alle Lehrter Kinder gleichermaßen gut zu erreichen ist. Weil damit zugleich Hämelerwald die weiterführende Schule im Ort verlieren und das Schulzentrum leer fallen würde, ist im Rahmen eines Änderungsantrages eine

erneute Elternbefragung beschlossen worden, die die Nachfrage nach einer Oberschule abfragen soll. Sofern die gesetzliche Mindestgröße von 48 Schüler*innen über zehn Jahre dabei nachgewiesen werden kann, wird diese Schulform eingerichtet. Reicht die Nachfrage nicht aus, wovon zumindest DIE LINKE ausgeht, wird das Schulzentrum öffentlich nachgenutzt (z. B. durch Grundschule oder Verwaltungsnebenstelle) und samt Sportstätten erhalten.

Ein Gegenantrag der CDU wurde von AfD, FDP und Piraten unterstützt und sah vor, die IGS in Hämelerwald zu konzentrieren und das dreigliedrige Schulsystem (plus Förderschule) beizubehalten. Besonders bemerkenswert ist der vorgeschlagene Erhalt der Hauptschule, deren Schulleitung bereits seit einigen Jahren eine Überführung der Schule in ein integratives System befürwortet. Im Kern scheint es der CDU darum zu gehen, das Gymnasium vor der unliebsamen Konkurrenz durch die IGS zu schützen und sie möglichst schlecht erreichbar am abseits gelegenen Schulzentrum im Hämelerwald zu halten, wo die Zahl der Schülerinnen und Schüler seit Jahren zurückgeht und eine Oberstufe keine echte Überlebenschance hätte.

In den anstehenden Haushaltsberatungen ist es nun Aufgabe der Parteien, die notwendigen Gelder bereitzustellen, damit dem Sanierungstau endlich angemessen begegnet wird. Die Kosten für Sanierung, Neubau und Erweiterung der (weiterführenden) Schulzentren werden auf mindestens 50 Millionen Euro beziffert.

Christoph Lokotsch



Christoph Lokotsch ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Im Rat der Stadt Lehrte und ordentliches Mitglied im Schulausschuss. Er war Mitglied im Kreisvorstand der GEW Hannover-Land und Sprecher der Jungen GEW Niedersachsen

ten 10 Arbeitsjahren Koordinator. In der GEW engagierte ich mich u. a. lange im Landesvorstand der Fachgruppe Gymnasien und in den letzten Jahren im Vorstand der Kreisverbände Hannovers. Zahlreiche Artikel schrieb ich für E&W, Betrifft Gymnasium und unsere HannoverNews. Als Pensionär möchte ich nun weiterhin noch etwas zur Gewerkschaftsarbeit beitragen, denn Gewerkschaften sind, wenngleich vielleicht ‚etwas in die Jahre gekommen‘, unersetzlicher Bestandteil unserer Gesellschaft.“

Klaus Meier: „Ich bin 1949 geboren, habe von 1966 bis 1969 eine Bäckerlehre absolviert. Viele Jahre später, durch Weiterbildung fortgebildet, erwarb ich 1975 die ‚Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis‘ (Immaturenprüfung) und studierte für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen in Hildesheim. Nachdem ich nach dem 2. Staatsexamen keine Anstellung als Lehrer fand, arbeitete ich



als Kraftfahrer. Vom 1. Dezember 1989 bis zum 31. März 2015 erhielt ich die Planstelle als Schulassistent, die ich an der Albert-Liebmann-Schule in Hannover, einer Förderschule, Schwerpunkt Sprache, mit großem Interesse ausfüllte. Seit dem 1. April 2015 genieße ich meinen (Un)Ruhestand.

Im Jahr 1966 trat ich der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten bei. Dort wurde ich in den Kreis- und Landesjugendvorstand gewählt. Während meines Studiums trat ich zur GEW über. Vorletztes Jahr wurde ich für meine 50-jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft geehrt. Seit etwa 10 Jahren arbeite ich im Kreisvorstand Hannover-Stadt als stellvertretender Vorsitzender mit.“

Nach der Mitgliederversammlung der GEW Hannover, die am 15. November stattfindet, werden wir zu einem Gespräch einladen, um die künftige Arbeit der „Fachgruppe Senioren Region Hannover“ zu besprechen. Eine Einladung erhaltet ihr rechtzeitig.

Werner Fink und Klaus Meier

Terminreminder für den 15. November 2017

Hannoversche Kreisverbände planen Fusion

Mit der EuW 09.2017 hast Du bereits die Einladung zur Mitgliederversammlung erhalten. An dieser Stelle möchten wir Dich daran erinnern. Wir freuen uns, Dich zu sehen!

Organisatorische Hinweise:

Die Anträge und die Entwürfe für eine Satzung, eine Geschäftsordnung und eine Wahlordnung sind unter www.gew-hannover.de im Bereich Termine & Veranstaltungen zu finden. Diese Unterlagen werden wir demnächst an alle Mitglieder per Mail versenden. Auf Wunsch senden wir Dir gerne alles postalisch zu.

Damit uns eine strukturierte Debatte gelingt, können wir Änderungsanträge in Bezug auf die Satzung und Ordnungen nur berücksichtigen, wenn diese schriftlich vorliegen. Bitte sende sie bis zum 9. November an: gew@gew-hannover.de

Einladung zur Mitgliederversammlung der Kreisverbände Hannover-Stadt und Hannover-Land am 15. November 2017 von 17 bis ca. 20.30 Uhr im Freizeithaus Vahrenwald in Hannover

Vorschlag für eine Tagesordnung

1. Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Beschluss über die Auflösung des Kreisverbandes Hannover-Stadt
5. Beschluss über die Gründung des Kreisverbandes Region Hannover

Nach erfolgten Beschlüssen in getrennten Versammlungen wird die Versammlung gemeinsam mit folgender Tagesordnung als Kreisverband Region Hannover fortgeführt:

1. Beschluss der Tagesordnung
2. Beschluss über eine Satzung des Kreisverbandes Region Hannover
3. Beschluss über eine Geschäftsordnung für Mitgliederversammlungen
4. Beschluss über eine Wahlordnung
5. Wahlen
 - a. Wahl des/der Kreisvorsitzenden
 - b. Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
 - c. Wahl einer Schatzmeisterin/eines Schatzmeisters
 - d. Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters der „Jungen GEW“
 - e. Wahl der Kassenprüfer*innen

Eine Landesdelegiertenkonferenz beginnt erst nach dem Grußwort!



*Harald Haupt,
Vorsitzender der GEW
Hannover-Stadt
hält das Grußwort
für den gastgebenden
Kreisverband*

Neben der Organisation des Kulturprogramms am ersten Abend der LDK kommt dem gastgebenden Kreisverband die Aufgabe zu, im Rahmen der Eröffnung ein Grußwort an die Delegierten und Gäste zu richten. Dies übernahm der amtierende Vorsitzende Harald Haupt für den Kreisverband Hannover-Stadt. Er wies darauf hin, dass diese LDK in gewisser Weise eine historische sei. Es sei geplant, Mitte November die Kreisverbände Hannover-Stadt und Hannover-Land aufzulösen und den Kreisverband Region Hannover zu gründen. Dieses Vorhaben ist die Konsequenz aus der jahrelangen gelebten Praxis der Zusammenarbeit der beiden Kreisverbände.

Im Weiteren ging Harald direkt auf zwei wichtige inhaltliche Punkte ein, die zuvor in dem Grußwort des Oberbürgermeisters Stefan Schostok in Bezug auf die Schulentwicklung in der

Landeshauptstadt erwähnt wurden. Hannover ist eine stark wachsende Stadt. Wohnraum ist seit Jahren knapp und damit teuer, eine Entspannung ist nicht wirklich absehbar. Daher ist im Stadtteil Limmer auf einem ehemaligen Industriegelände der Continentalwerke ein ganz neuer Stadtteil, die Wasserstadt Limmer geplant. Mehrere hundert Wohneinheiten für mehrere tausend Menschen sollen entstehen. Harald weist mit einem Kopfschütteln darauf hin, dass in diesem neuen Wohnquartier der Bau einer neuen Grundschule nicht vorgesehen ist. Das ist unbegreiflich vor dem Hintergrund der ohnehin steigenden Schüler*innenzahlen. Er legt der Stadtverwaltung nahe diese Planung nachzuholen, um das neue Quartier als Wohnort für Familien attraktiv zu machen.

In Bezug auf die weiterführenden Schulen äußerte Harald den klaren Wunsch von Seiten der GEW an SPD und Grüne: Statt eines weiteren Gymnasiums soll es zur Stärkung und zum Ausbau der Integrierten Gesamtschulen kommen! Vor der Planung des neuesten städtischen Gymnasiums in Limmer sei von den beiden damals noch alleinigen Mehrheitsparteien im Rat bekräftigt worden, die Gründung einer IGS sei ebenfalls deren Wunsch. Herausgekommen ist allerdings eine andere Schulform. Nachdenklich fragt er nach, ob nicht programmatische Forderungen auf der einen Seite und konkretes politisches Handeln auf der anderen Seite ihren Beitrag dazu geleistet haben, dass SPD und Grüne seit der Kommunalwahl im September 2016 nicht erneut die Mehrheit erhalten haben?

Maren Kaminski